

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Baden-Württemberg

- Die Ministerin -

Königstraße 46
70173 Stuttgart

04.08.2020

Landesstudierendenvertretung
Baden-Württemberg

c/o Studierendenrat der
Universität Tübingen
Clubhaus
Wilhelmstraße 30
72074 Tübingen

lastuve-bawue.de
praesidium@lastuve-bawue.de

Marc Baltrun
Sprecher

Andreas Bauer
Sprecher

Dominik Birkenmaier
Sprecher

Claus-Peter Käpplinger
Sprecher

Tasson Ruenpirom
Sprecher

Forderungskatalog Wintersemester 2020/2021 der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg

Sehr geehrte Frau Ministerin Bauer,

in Anbetracht des weiteren Verlaufs des Sommersemesters, aus den Erfahrungen der letzten Monate heraus und vorausblickend auf das Wintersemester 2020/2021 lassen wir Ihnen hiermit den Forderungskatalog der Landesstudierendenvertretung bezüglich des nun anstehenden Wintersemesters als konsequente Ergänzung zu unserem Schreiben vom 19.06.2020 zukommen.

Wir bitten Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten unseren Forderungen Rechnung zu tragen, um Studieren in Baden-Württemberg sozial, gerecht und fair zu gestalten.

Nachfolgend nun unsere konkreten Anliegen nach Bereichen gegliedert:

Lehre

- Wir fordern die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg dazu auf im Rahmen des Möglichen Präsenzlehre zu gestalten. Besonders in Bezug auf interaktive, diskursive Kursformate sehen wir die gänzlich digitale Lehre als keinen adäquaten Ersatz an. Das Studium lebt vom Aufeinandertreffen der Studierenden und Lehrenden. Nur so kann die Lehre in ihrer interaktiven Form zu Diskussion und Meinungsbildung im umfangreichen Rahmen beitragen.
- Trotz des Wunsches nach Präsenzlehre ist uns das höchste Gebot die gesundheitliche Sicherheit unserer Studierendenschaften, wie auch des Lehrpersonals und unserer Mitmenschen generell. Dementsprechend möchten wir an dieser Stelle erneut besonders darauf aufmerksam machen, dass die Präsenzlehre nur dann stattfinden soll und kann, wenn kein vermeidbares gesundheitliches Risiko besteht.
- Auch innerhalb unserer Studierendenschaften haben wir Personen, die Risikogruppen zugehören. Auf diese muss Rücksicht genommen wer-

den, weshalb wir es als zwingend notwendig sehen auch wenn Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt werden, diese ebenfalls im Onlineformat anzubieten. Hiervon sind ebenfalls Studierende betroffen, die durch finanzielle Notlagen mehrere Nebentätigkeiten ausüben und/oder zurück in die Heimat gezogen sind. Alle Studierende haben das Recht auf die uneingeschränkte Teilnahme am Studium. Somit wird die parallele Durchführung der Onlinelehre obligatorisch.

- Alle Veranstaltungen, die nicht in Präsenz stattfinden können, sollen in einem digitalen Lehrformat stattfinden.
- In Bezug auf die Präsenzlehre und die gegebenen Raumkapazitäten fordern wir eine Priorisierung der Veranstaltungen von Erstsemesterstudierende. Diese müssen zwingend in das Studierendenleben eingeführt werden, weshalb wir die Lehre für Erstsemesterstudierende als Präsenzveranstaltungen als besonders notwendig erachten.

Prüfungen

- Sofern es der Infrastruktur und den Räumlichkeiten der Hochschulen möglich ist fordern wir die Durchführung von Prüfungen in Präsenz. Wenn die Anmietung von Räumlichkeiten in einem vertretbaren Rahmen gegeben ist, sehen wir auch dies als wünschenswerte Möglichkeit an.
- Auch für das Wintersemester fordern wir eine landesweite Freiversuchslösung für Studierende. Die Studienbedingungen werden sich aller Voraussicht nach zum nächsten Semester nicht ändern. Die Lage der Studierenden in Corona-Zeiten ist durch vielerlei äußere Bedingungen beeinträchtigt und bedarf der Nachsichtigkeit im Prüfungsprozess.
- Wir fordern ein ausgewogenes Verhältnis der Prüfungsformen. Dozierende sollen sich absprechen, um zeitlich als auch strukturell Diversität und Freiräume für Studierende zu schaffen. Wir erhoffen uns, dass in Corona-Zeiten besonders auf die Kapazitäten von Studierenden geachtet wird, sodass Prüfungsphasen entzerrt werden, alternative verstärkt Prüfungsformate geschaffen werden und die zeitliche Überschneidung von Abgaben und Prüfungen möglichst gemieden wird.
- Die Kommunikation über Prüfungsformate und Anforderungen an die Studierenden soll bereits bei der Kurswahl gegeben sein. So soll Planungssicherheit geschaffen werden und den Studierenden die Möglichkeit geboten werden anhand ihrer persönlichen Belastbarkeit zu entscheiden, ob und wie sie ihre Prüfungsphase angehen wollen und können.
- Zudem muss Betrugsfällen vorgebeugt werden. Wir sprechen uns hier ausdrücklich gegen Kameraüberwachungen jeglicher Art aus. Wir fordern vielmehr die Ausgestaltung von digitalen Prüfungen, die keine oder deutlich verminderte Möglichkeiten des Betrugs bieten.

Lernplätze

- Um ausreichend Lernplatz für Studierende an den Hochschulen zu gewährleisten, fordern wir die Einführung von Online-Raumbuchungssystemen für Lerngruppen. Hier sollen Räumlichkeiten innerhalb der Hochschulen, wie auch virtuelle Räume für Studierende buchbar zur Verfügung gestellt werden.
- Außerdem fordern wir die Öffnung der Bibliotheksgebäude für alle Studierenden unter intelligenter Umsetzung der Gesundheitsauflagen.
- Generell sollen die Tore der Hochschulen für die Studierenden und das Lehrpersonal wieder öffnen.
- Zudem wünschen wir uns eine gegenseitige Unterstützung der Hochschulen. Kapazitäten sollen gemeinsam genutzt werden. Somit sollen die Bibliotheksbereiche von Hochschulen nicht nur für die eigenen Studierenden, sondern auch für Studierende von Hochschulen aus der Umgebung zugänglich gemacht werden.

Perspektive der Dozierenden

- Es bleibt zu beachten, dass auch Dozierende Risikogruppen angehören können. Dementsprechend fordern wir den Dozierenden die Online-Lehre zu ermöglichen und die nötige Ausstattung und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- Zudem müssen familiengerechte Arbeitsbedingungen für Dozierende geschaffen werden.

Mobilität

- Viele Studierende pendeln von ihrem Wohnort zum Studienort. Gerade durch die Coronakrise hat sich die Anzahl an Studierenden, die außerhalb ihres Studienorts wohnen, erneut erhöht. Diesen Studierenden muss die Teilhabe an Lehre und Studium ermöglicht werden. Dementsprechend sind digitale Lehre und der Ausbau der Infrastruktur der Hochschulen zwingend notwendig.
- Generell ist der Ausbau der Infrastrukturen der Hochschulen nötig. Gerade in der jetzigen Situation bedarf es durch den Anstieg an Pendelnden der Anpassung der Verkehrsnetze.
- Wir fordern eine Garantie bei der Anschaffung des Semesterticket. Sofern die Präsenzlehre erneut im Wintersemester in zu einem signifikanten Teil untersagt werden sollte, soll die Rückerstattung der angefallenen Kosten für den Zeitraum des Ausfalls der Präsenzlehre ermöglicht werden.

Semesterbeiträge

- Wir fordern die Anpassung der Semesterbeiträge in Bezug auf das tatsächlich noch gegebene Angebot.

- Wir fordern, den Studierenden, die aktuell kein Geld zur Verfügung haben, mit der Möglichkeit einer Stundung der Semesterbeiträge entgegen zu kommen.

Studiengebühren

- Wir begrüßen die erneut betonte Möglichkeit von Stundungen der Studiengebühren für Zweitstudierende und internationale Studierende durch das MWK. Dennoch fordern wir weiterhin die sofortige Aussetzung und letztlich Abschaffung jeglicher Studiengebühren.

Umgang mit Härtefällen

- Die durch die Coronakrise erschwerten Bedingungen für Pendler*innen, Risikogruppen, Pfleger*innen, Studierende mit Kind wie auch Studierende in finanziellen Notlagen müssen bedacht werden.
 - Wir fordern das Erlassen von Studienkosten für eben diese Härtefälle.
 - Wir fordern die Schaffung der Möglichkeit im Home-Office zu arbeiten.
 - Wir fordern die Rücksichtnahme in Bezug auf Lehre und Prüfungen.
 - Wir fordern die Schaffung von Notfall-Kitas für Studierende und Mitarbeitende der Hochschulen mit Kind.
 - Im Allgemeinen sollen derzeit keine Härtefallanträge gestellt werden müssen. In der jetzigen Krise steht der bürokratische Aufwand unserer Auffassung nach in keinem Verhältnis zu den Schicksalen, denen die Studierenden ausgesetzt sind.
- Weiterhin fordern wir die Etablierung von tatsächlichen Nothilfen. Studierenden muss die Möglichkeit geboten werden ihr Studium weiterzuführen. Bildung darf nicht nur der privilegierten Teilgruppen unserer Gesellschaft zukommen. Von einem Sozialstaat erwarten wir uns soziale Politik, die allen den Zugang zu Bildung ermöglicht und in Krisen wie dieser finanzielle Unterstützungen bietet.
 - Zum einen fordern wir in Anbetracht dessen eine Stellungnahme von Land und Bund über die geschaffenen Nothilfen mit einer Begründung. Unserer Auffassung nach muss hier zwingend mehr getan werden. Die Studierenden wurden in ihrer Notlage allein gelassen. Dem müssen sich Land und Bund bewusstwerden und dafür geradestehen.
 - Wir sind dankbar für die Initiative von Studierendenschaften und Hochschulen durch Stipendien und anderen Geldern den Studierenden die Teilhabe am Studium und letztlich zeitweise den Lebensunterhalt zu sichern. Gleichzeitig erachten wir es als unverantwortlich seitens Land und Bund diese Aufgabe nicht übergreifend wahrzunehmen. Es kann und darf nicht sein, dass sich

Körperschaften wie Studierendenschaften und Hochschulen für die Finanzierung der Studierenden verantwortlich fühlen müssen und Abhilfe für die Verfehlungen von Institutionen schaffen, die sich hingegen der Verantwortung entziehen. Wir fordern demnach die Hochschulen, Rektorate und auch Studierendenschaften dazu auf, den Druck auf Bund und Land zu erhöhen, um endlich den Missständen der Studierenden gerecht zu werden und Hilfen in angemessener Höhe und ohne bürokratische Hürden aufzusetzen.

Demokratie an den Hochschulen

- Wir fordern die verbindliche Aufnahme der Studierendenvertretungen in die Task Force-Gremien der Hochschulen.
- Wir fordern mehr Transparenz in Bezug auf Entscheidungen der Hochschulen mit Begründung, warum wie verfahren wurde.

Kommunikation

- Generell sehen wir die klare Kommunikation gegenüber den Studierenden von Seiten der Hochschulen, des Landes und des Bundes als stark ausbaufähig.
- Wir fordern klare Kommunikation dazu, warum etwas auf welche Weise gehandhabt wird.
- Um Transparenz zu schaffen, fordern wir die Klarstellung über die tatsächlichen Möglichkeiten von Studierenden in besonderen Situationen. Welche Möglichkeiten besitzen Studierende in Bezug auf ihre finanzielle Lage, wie sieht das Verfahren von Prüfungen und Lehre aus, gibt es Kinderbetreuungen? Hier bedarf es Auflistungen der Zuständigkeiten mit konkreten Ansprechpartner*innen, sodass Studierenden wissen, an wen sie sich mit welchen spezifischen Problemen und Schwierigkeiten zu wenden haben.

Rechtssicherheit von Freiversuchen

- Wir bitten Sie, Frau Ministerin Bauer, den Hochschulen und der Öffentlichkeit gegenüber eine Stellungnahme abzugeben, wonach die örtliche Einführung von Freiversuchen (siehe Abschnitt „Prüfungen“) z.B. per Ergänzungssatzung zur Studien- und Prüfungsordnung rechtlich möglich ist, wie bereits geschehen an den HAW Esslingen, Mannheim, Aalen, Heilbronn und Ravensburg-Weingarten. Studierenden soll die Möglichkeit gegeben werden einen weiteren Prüfungsversuch je Prüfung zu erhalten. Dies soll die Studierenden von Druck und Umständen entlasten. Außerdem wollen wir, dass Studierende frei entscheiden können, ob sie Prüfungen, die sie innerhalb der Coronakrise geschrieben haben, erneut absolvieren.

Wir freuen uns auf Ihre baldige Rückmeldung und treten gerne mit Ihnen in den konstruktiven Dialog.

Mit freundlichen Grüßen

Annalena Wirth
Nina Wolff

im Auftrag des Arbeitskreises Corona
Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg